

KLIMAPOLITIK

Alle guten Geister

Der Klimafrevel hat einen neuen Rekord erreicht. Ohne ein globales Abkommen ist er nicht zu stoppen.

von Fritz Vorholz | 22. Juni 2011 - 08:00 Uhr

© Ryan Tong/dpa



Blick auf eine Chemiefabrik in der nordchinesischen Stadt Tianjin (Archivfoto vom 23.12.2008)

Weltverbesserer brauchen heimliche Helfer. Geister. Einen wie den Geist von Rio, der vor knapp 20 Jahren beim Erdgipfel in Rio de Janeiro die Staats- und Regierungschefs dazu bewog, Nachhaltigkeit zum Leitprinzip ihres Tuns und Lassens zu machen und beispielsweise den Auftrag zum Klimaschutz in einem völkerrechtlichen Vertrag festzuschreiben.

Der Geist von Rio wurde seitdem oft beschworen. Gleichwohl, er offenbarte sich immer seltener. 1997 machte noch einmal sein kleiner Bruder von sich reden, der Geist von Kyoto. Er stand Pate, als die Industrieländer den Mut fassten, sich Beschränkungen aufzuerlegen, um ihren Ausstoß von Treibhausgasen zu begrenzen.

© ZEIT-Grafik

	CO ₂ -Emissionen	
	im Inland	im Handel (Saldo)*
China	7050	-1329
Deutschland	772	+222
Frankreich	381	+155
Indien	1756	-184
Japan	1311	+205
Russland	1595	-281
USA	5674	+479

Um die Grafik zu öffnen, klicken Sie bitte auf das Bild

Seitdem ist über kaum ein anderes Umweltschutzabkommen so viel gestritten worden wie über das Kyoto-Protokoll, den einzigen Klimaschutzvertrag mit konkreten Verpflichtungen wenigstens für rund drei Dutzend entwickelte Nationen. Doch obwohl der gefährliche Klimawandel näher rückt, obwohl Dürren und Flutkatastrophen heute besser denn je ahnen lassen, welches Unheil die Erwärmung mit sich bringt, beseelt der Geist von Kyoto kaum noch ein Mitglied der politischen Klasse.

Der globale Ausstoß von Treibhausgasen machte im vergangenen Jahr einen Sprung nach oben. Die Emissionen erreichten Rekordniveau. Und das Ziel, den Temperaturanstieg auf zwei Grad zu begrenzen, ist in weite Ferne gerückt.

Überrascht es da, dass jemand, der bis vor Kurzem quasi zur Nomenklatura der internationalen Klimaschutzdiplomatie gehörte, das Kyoto-Protokoll für tot erklärt? »Der Geist des Kyoto-Protokolls ist verschwunden«, ließ Yvo de Boer die taz wissen, jener Niederländer, der bis vor einem Jahr das UN-Klimasekretariat in Bonn leitete. Dort ging gerade eine Vorbereitungskonferenz für den nächsten Weltklimagipfel im südafrikanischen Durban zu Ende – mit einem Ergebnis, das bestätigt, wie verfahren die Lage ist.

Dass die Industrienationen ihre laut Protokoll im Jahr 2012 endenden Pflichten zur Emissionsbegrenzung nicht fortschreiben wollen und dass das Gros der übrigen Nationen

nicht gewillt ist, verbindlich konkrete Verpflichtungen zum Klimaschutz zu übernehmen, hat verschiedene Gründe.

Die einen, die Industrieländer, behaupten, sie hätten immerhin angefangen, ihr Scherflein zur Bekämpfung der Erderwärmung beizutragen. Ohne unbillige Wettbewerbsnachteile in Kauf nehmen zu müssen, sei mehr leider nicht drin, zumal die größten Klimasünder mittlerweile ohnehin die Schwellenländer seien. Und richtig, tatsächlich offenbart ein Blick in die offizielle Statistik, dass China inzwischen am meisten klimaschädliches Kohlendioxid (CO₂) ausstößt.

Die anderen, China & Co. behaupten, pro Kopf sorgten sie nach wie vor für deutlich weniger CO₂ als die Industrieländer. Und obendrein müssten manche der Emissionen, die ihr Klimakonto belasten, in Wirklichkeit auf dem Konto der Industrienationen verbucht werden.

Klimaschutz? Verteilungsstreit beherrscht den Versuch, die Erderwärmung zu begrenzen.

Jetzt kommt etwas mehr Klarheit in die Debatte, dank einer Studie, an der auch zwei Ökonomen des Potsdam Instituts für Klimafolgenforschung und der TU Berlin beteiligt waren. Die in der Fachzeitschrift der US-Wissenschaftsakademie erschienene Untersuchung versucht zum ersten Mal, die Emissionseffekte der weltweiten Arbeitsteilung umfassend zu ermitteln. Und siehe da: Tatsächlich sind die reichen Länder zunehmend für den Ausstoß von Treibhausgasen in ärmeren Ländern verantwortlich. Durch ihren Konsum haben sie sogar mehr zum Emissionswachstum in Entwicklungsländern beigetragen, als sie zu Hause eingespart haben.

Die amtliche CO₂-Statistik gibt das nicht her. Sie folgt dem Territorialprinzip, wonach Emissionen jenem Land zugeschrieben werden, in dem sie entstehen. Wer ein im Ausland produziertes Handy oder Hemd kauft, verursacht aber im Herkunftsland Emissionen, nicht in seinem Heimatland; umgekehrt verringert zum Beispiel der Export von Autos die Klimalast des Landes, in dem die Autofabrik steht.

Der Saldo des in den Im- und Exportgütern steckenden CO₂ verändert also die Klimabilanzen von Ländern – mit dem Effekt, dass nach dieser Zählweise nicht China den größten CO₂-Fußabdruck hinterlässt, sondern dass es nach wie vor die USA sind. Auch Deutschland, obwohl Spitze im Export, importiert per Saldo CO₂. Denn die Produktion der Importgüter in den Herkunftsländern ist emissionsintensiver als die Herstellung der monetär wertvolleren Exportwaren.

Was folgt daraus? Jedenfalls nicht, dass der Welthandel ungerecht ist. Die Industrieländer haben zwar Emissionen ausgelagert, aber auch Einkommen und Wertschöpfung abgegeben. Eher lautet die Lehre, dass die Klimaerfolge der Industrieländer bisher bescheiden geblieben sind. Vor allem aber, dass Klimapolitik wenig bewegt, solange sie fragmentiert bleibt, während Handel und Wandel global sind.

Es führt deshalb kein Weg daran vorbei: Sollen die Regeln zur Emissionsvermeidung wirksam werden, gehören sie schleunigst ausgeweitet. Wer sich dem verweigert, ist von allen guten Geistern verlassen.

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/2011/26/Klimawandel>